Prozesskosten-, Verfahrenskostenund Beratungshilfe für Anfänger

Dörndorfer

7., überarbeitete Auflage 2020 ISBN 978-3-406-74004-6 C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

II. PKH-Übungsfälle

- 2. Die Kostenerstattungsansprüche sind zu berechnen; es ist davon auszugehen, dass der beigeordnete Rechtsanwalt seine Vergütung (§ 55 RVG) aus der Staatskasse bereits erhalten hat.
- 3. Bei der 3. Alternative ist ein Kostenfestsetzungsbeschluss zu fertigen.
- 4. Welcher Betrag wäre bei Alternative 2 dem PKH-Anwalt aus der Staatskasse (§ 55 RVG) zu erstatten, wenn er im Festsetzungsantrag angibt, dass er bereits 450,00 EUR als Vorschuss von seinem Mandanten erhalten hat?

Lösungshinweise:

1. Gesetzliche Vergütungen der Rechtsanwälte:

Lfd.	Vorschriften	Wert	Wahl-Anwalt		PKH-	Diffe-
Nr.	VVRVG Nr.		Tabelle §13 RA Vogel	Tabelle §13 RA Tierm.	Anwalt Tabelle §49 RA Vogel	renz zur Regelver- gütung RA Vogel
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	1,3 Verfahrensge- bühr 3100	12.000,00	785,20	785,20	417,30	
2	1,2 Terminsgebühr 3104	12.000,00	724,80	724,80	385,20	
3	Auslagenpauschale 7002		20,00	20,00	20,00	
4	19 % Umsatzsteuer 7008	K	290,70	290,70	156,28	
		Summe:	1.820,70	1.820,70	978,78	841,92

Säumniskosten (§ 344 ZPO): keine.

2. Gerichtskosten:

Lfd. Nr.	Vorschriften KVGKG Nr	Wert	Tabelle §34 GKG	Antragshaftung	
				Kläger §22 GKG	Beklagter §§ 17, 18 GKG
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	3,0 Verfahrensgebühr 1210	12.000,00	801,00	801,00	
2	Zeugenentschädigung 9005		110,00	110,00	60,00
		Summe:	911,00	911,00	60,00

3. Lösung zu Alternative 1 (= Der Beklagte hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen):

c) Gerichtskosten:

- Erstschuldner gem. §§29 Nr.1, 31 Abs.2 S.1 GKG ist der Beklagte Bär. Die Gerichtskosten sind von ihm nach Rechtskraft des Urteils einzuziehen (§§ 122 Abs.2, 125 Abs.1, Abs.2 ZPO).
- Zweitschuldner gem. §§22, 17, 18, 31 Abs. 2 S. 1 GKG ist der Kläger Amsel;
 aber: §122 Abs. 1 Nr. 1 a ZPO sperrt den Anspruch der Staatskasse, da keine Zahlungen angeordnet wurden.
- d) Kostenerstattung:

Der Beklagte Bär hat an den Kläger Amsel (§91 Abs. 1 ZPO) oder an den RA Vogel (§§91 Abs. 1, 126 Abs. 1 ZPO) zu erstatten:

841,92 EUR (= 1.820,70 EUR ./. 978,78 EUR); festzusetzen im Verfahren nach §§ 103 ff. ZPO.

e) Gesetzlicher Forderungsübergang auf die Staatskasse:
Auf die Staatskasse gehen an 2. Rangstelle über (§ 59 Abs. 1 S. 1 Fall 2 RVG):
978,78 EUR (= 1.820,70 EUR ./. 841,92 EUR). Der Betrag wird von B mit Kostenrechnung eingefordert (§ 59 Abs. 2 RVG).

4. Lösung zu Alternative 2 (= Der Kläger Amsel hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen; die Säumniskosten trägt der Beklagte):

a) Regelvergütung (§ 13 RVG):

- RA Vogel

- RA Tiermann

1.820,70 EUR

- RA Tiermann

1.820,70 EUR

- RA Vogel

- RA Vogel

978,78 EUR

c) Gerichtskosten:

- Erstschuldner gem. §§29 Nr.1, 31 Abs.2 S.1 GKG: Kläger Amsel; den Anspruch der Staatskasse sperrt jedoch §122 Abs.1 Nr.1a ZPO, da keine Zahlungen angeordnet wurden.
- Zweitschuldner iHv 60,00 EUR (Zeugenentschädigung) gem. §§ 17, 18 S.2, 31 Abs.2
 S.1 GKG; Beklagter Bär; den Anspruch der Staatskasse sperren sowohl §31 Abs.3
 S.1 GKG, als auch §§ 122 Abs.2, 125 Abs.2 ZPO.
- d) Kostenerstattung:

Der Kläger Amsel hat an den Beklagten Bär außergerichtliche Kosten in Höhe von 1.820,70 EUR (§§ 91 Abs. 1, Abs. 2 S. 1, 103 ff., 123 ZPO) zu erstatten

- e) Gesetzlicher Forderungsübergang auf die Staatskasse:
 - Da B nicht erstattungspflichtig ist und Säumniskosten des Klägers nicht angefallen sind, findet kein Übergang nach §59 Abs. 1 S. 1 Fall 2 RVG statt.
 - Der Anspruch des RA Vogel gegen seinen Mandanten Amsel auf Zahlung der ges.
 Vergütung (§ 611 BGB) geht zwar auf die Staatskasse über (§ 59 Abs. 1 S. 1 Fall 1 RVG),
 er unterliegt allerdings der Sperre des § 122 Abs. 1 Nr. 1 b ZPO.

5. Lösung zu Alternative 3 (= Quotenteilung):

a) Regelvergütung (§ 13 RVG):	RA VogelRA Tiermann	1.820,70 EUR 1.820,70 EUR
b) PKH-Anwaltsvergütung (§ 49 RVG):c) Gerichtskosten: Erstschuldner:	RA Vogel	978,78 EUR 911,00 EUR
Kläger Amsel (1/10)		91,10 EUR

aber: nicht einziehbar (§ 122 Abs. 1 Nr. 1 a ZPO)

– Beklagter Bär (9/10)

819,90 EUR

einziehbar: keine Sperre nach §§ 122 Abs. 2, 125 Abs. 1, Abs. 2 ZPO

d) Erstattungsanspruch und gesetzlichen Forderungsübergang auf die Staatskasse vgl. Kostenfestsetzungsbeschluss zu 6.

II. PKH-Übungsfälle

6. Lösung zu Aufgabenstellung Ziff. 3 (= Kostenfestsetzungsbeschluss):

Landgericht München I

München ... Prielmayerstraße 7

Geschäftsnummer:

(Bitte stets angeben!)

I. Kostenfestsetzungsbeschluss

in der Sache

Amsel

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt

Vogel

Klagepartei

gegen

Bär

beklagte Partei

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt

Tiermann

Die von

der beklagten Partei

an

Rechtsanwalt X gem. § 126 Abs. 1 ZPO

nach dem

rechtswirksamen Vergleich des Landgerichts München I vom ...

zu erstattenden Kosten werden

auf 841,92 EUR (mit Worten: achthundertdreiunddreißig EUR)

nebst Zinsen ... festgesetzt.

Gründe

Kostenausgleich (§ 106 Abs. 1 ZPO):

- Die Gerichtskosten wurden bereits beim Kostenansatz ausgeglichen und bleiben hier unberücksichtigt.
- 2. Außergerichtliche Kosten des

 Klägers Amsel 	1.820,70 EUR
- Beklagten B	1.820,70 EUR
insgesamt:	3.641,40 EUR
./. nicht ausgleichsfähige Kosten des Säumnis	0,00 EUR
 ausgleichsfähig 	3.641,40 EUR
 – davon trägt der Kläger 1/10 	364,14 EUR
./. eigene Kosten des Klägers	1.820,70 EUR
 vom Beklagten zu erstatten 	1.456,56 EUR
Gesetzlicher Forderungsübergang (§59 Abs. 1 Fall 2 RVG):	
a) RA Vogel hat aus der Staatskasse erhalten (§55 RVG)	978,78 EUR
 seine Regelvergütung beträgt 	1.820,70 EUR
b) Erstattungsanspruch des RA Vogel	
(§ 59 Abs. 1 S. 1 2 RVG, §§ 91, 126 Abs. 1 ZPO)	841,92 EUR
c) vom Erstattungsanspruch	1.456,56 EUR

Dieser Betrag wird von der Gerichtskasse mit Kostenrechnung eingezogen (§59 Abs. 2 RVG).

N.N.

3.

Rechtspfleger(in)



de

- Anspruch des PKH-Anwalts Vogel gegen die Staatskasse (§§ 45, 49, 55 RVG)
- 978,78 EUR 1.820,70 EUR

841,92 EUR

614,64 EUR

- Regelvergütung FACHBUCHH

- verbleiben für RA Vogel an 1. Rangstelle

(§ 59 Abs. 1 1 Fall 2 RVG)

- gehen auf die Staatskasse an 2. Rangstelle über

841,92 EUR

- Auf diese Differenz ist zunächst der Vorschuss zu verrechnen §58 Abs.2 RVG)
- 450,00 EUR
- es verbleiben bis zur Regelvergütung noch 391,92 EUR

Ergebnis: An den beigeordneten RA Vogel sind, trotz Vorschusszahlung, 978,78 EUR aus der Staatskasse zu zahlen, da die Regelgebühren noch nicht gedeckt sind.

Fall 2 = Verfahrenskostenhilfe in Familiensachen (Verbundverfahren)

Aktenauszug, Familiengericht, AG München, 83 F 230/..., Erika Schwarz 235 gegen Franz Schwarz

1. Wertfestsetzung: (§ 55 FamGKG)

a) Scheidungssache (§ 43 FamGKG) 15.500,00 EUR

b) Folgesachen:

- Versorgungsausgleich (§ 50 Abs. 1 S. 2 FamGKG) 1.000,00 EUR

 elterliche Sorge (2 Kinder): 20 % von 15.500,00 EUR höchstens 3.000,00 EUR

(§ 44 Abs. 2 FamGKG) 3.000,00 EUR

 c) Scheidungsvereinbarung über nicht anhängige Gegenstände:

- Unterhaltsverzicht

3.200,00 EUR

- Güterrechtssache (Zugewinnausgleich; § 35 FamGKG) 29.200,00 EUR

2. Verfahrensverlauf:

Die Parteien beantragten einverständlich die Scheidung. Die Folgesachen elterliche Sorge für die gemeinsamen minderjährigen Kinder Horst und Sabine, die Versorgungsausgleichssache und die Gegenstände der Scheidungsvereinbarung wurden im Termin erörtert. Die Parteien sind nach §128 FamFG angehört worden. Der Antragstellerin hat das Familiengericht Verfahrenskostenhilfe mit Zahlungsbestimmungen (Monatsrate 80,00 EUR) bewilligt und RA X beigeordnet. Auf die Scheidungsvereinbarung wurde die VKH – mangels Antragstellung – nicht erstreckt.

3. Kostenentscheidung:

Die Verfahrenskosten werden gegeneinander aufgehoben.

In welcher Höhe und gegen wen kann RAX Vergütungsansprüche erheben?

b) Hinweis:

Die Hälfte der Gerichtskosten ist mit 450,00 EUR anzunehmen.

Lösung:

		Tabelle § 13 RVG	Tabelle §49 RVG
I.	Gesetzliche Vergütung RA X:		
	1. 1,3 Verfahrensgebühr		
	Nr. 3100 - Wert 19.500,00 EUR	964,60 EUR	471,90 EUR
	2. 1,2 Terminsgebühr		
	VV Nr. 3104 – Wert 51.900,00 EUR	1.497,60 EUR	536,40 EUR
	3. 1,5 Einigungsgebühr, VV Nr. 1000, §48 Abs.3 S.1		
	Nr. 1 u. 6 RVG - Wert 32.400,00 EUR	1.407,00 EUR	670,50 EUR
	4. 0,8 (Differenz-)Verfahrensgebühr		
	VV Nr. 3101 Nr. 2, §48 Abs. 3 S. 1 RVG	(750,40 EUR)	(357,60 EUR)
	Wert 32.400,00 EUR	657,80 EUR	109,20 EUR
	(Obergrenze zu 1 + 4 nach § 15 Abs. 3 RVG:		
	1,3 aus 51.900 = 1.622,40 bzw. 581,10 EUR)		
	5. Auslagenpauschale Nr. 7002	20,00 EUR	20,00 EUR
	6. 19 % Umsatzsteuer VV Nr. 7008	863,93 EUR	343,52 EUR
	Summe:	5.410,93 EUR	2.151,52 EUR

II. Ansprüche des beigeordneten Rechtsanwalts:

- Der Vergütungsanspruch gegen die Antragstellerin ist nach §122 Abs. 1 Nr. 3 ZPO gesperrt.
- Da die Kosten gegeneinander aufgehoben wurden, ist der Antragsgegner nicht erstattungspflichtig (§ 150 Abs. 1 FamFG).
- 3. Die Staatskasse gewährt auf Antrag (§§ 45, 55 RVG):
 - a) 2.151,52 EUR als Erstvergütung. (§§ 48 Abs. 3, 49 RVG);
 - b) 3.259,41 EUR als weitere Vergütung (§50 RVG) nach Deckung der Gerichtskosten (450,00 EUR) sowie der PKH-Anwaltsvergütung in Höhe von 2.151,52 EUR durch Ratenleistungen der PKH-Partei. (Die Antragstellerin trifft eine abstrakte Zahlungspflicht in Höhe von 48 x 80,00 EUR = 3.840,00 EUR: §§76, 113 Abs.1 S.1 FamFG, §115 Abs.2 S.4 ZPO)

III. Teilweise PKH-Bewilligung

1. Gerichtskosten

Wird die Prozesskostenhilfe nur für einen Teil des Streitgegenstandes bewilligt oder wird sie nicht auf eine spätere Klageerweiterung oder eine Widerklage erstreckt, ist streitig, wie sich die Haftung der PKH-Partei für die Gerichtskosten darstellt.

a) Gebühren

237 Wegen der Gebühren kann nach hM³²⁹ die PKH-Partei nur wegen des Differenzbetrages zwischen den Gebühren aus dem Gesamtstreitwert und den Gebühren aus dem PKH-Streitwert in Anspruch genommen werden. Die Degression der Gebührentabelle kommt nach dieser Meinung allein der PKH-Partei zugute.

b) Auslagen

238 Bei der Auslagenerhebung ist zu differenzieren: Lassen sie sich alleine einem der Wertteile zuweisen, werden die auf den PKH-Streitwert entfallenden Auslagen nur nach Maßgabe des § 122 Abs. 1 Nr. 1 a ZPO erhoben. Ist eine solche Differenzierung nicht möglich, werden alle Auslagen der Prozesskostenhilfe zugeordnet.

2. Vergütung des beigeordneten Rechtsanwalts

Der beigeordnete Rechtsanwalt kann die Staatskasse im Umfang der (teilweisen) Beiordnung beanspruchen. Den Differenzbetrag zwischen den Regelvergü-

 $^{^{329}}$ Vgl. BGHZ 1913, 373 = NJW 1954, 1406 = Rpfleger 1959, 3; OLG München Beck-RS 1997, 374 = MDR 1997, 298 mwN; LAG Düsseldorf BeckRS 2016, 71238; $Z\ddot{o}ller/Geimer$ ZPO \S 121 Rn. 18.

tungen (§ 13 RVG) aus Gesamtstreitwert und PKH-Streitwert kann er von der Partei verlangen. ³³⁰

3. Beispiel

Klage des K gegen B über 10.000,00 EUR und zwar wegen einer Kaufpreisforderung (Streitwert 6.000,00 EUR) und einer Darlehensforderung (Streitwert 4.000,00 EUR). PKH (ohne Zahlungsbestimmungen) wird nur wegen der Kaufpreisforderung bewilligt und insoweit Rechtsanwalt X beigeordnet. Im Termin wird streitig verhandelt und Beweis durch Vernehmung der Zeugen Y und Z erhoben. Dabei wird Y nur zur Darlehensforderung, Z hingegen wird zu beiden Forderungen vernommen. Y erhält 60,00 EUR und Z 50,00 EUR als Entschädigung. Es ergeht ein Endurteil: K trägt sämtliche Kosten.

1) Folgende Gerichtskosten sind entstanden:

_	3,0 Verfahrensgebühr aus 10.000,00 EUR	723,00 EUR
	(KV 1210)	
_	Zeugenentschädigung (KV 9005)	110 00 FUR

- insgesamt _______833,00 EUR

Von K sind zu erheben:

a) Gebühren:
3,0 aus 10.000,00 EUR
3,0 aus 6.000,00 EUR

./. 495,00 EUR
228,00 EUR

b) Auslagen:
Zeugenentschädigung des Y

c) Insgesamt:

288.00 EUR

Die Entschädigung des Zeugen Z wird nicht erhoben, da sie nicht einem Wertteil alleine zugeordnet werden kann.

2) Vergütung des RA X:

 a) Dem beigeordneten Rechtsanwalt X sind aus der Staatskasse zu erstatten (§§ 45ff. RVG):

2,5 Gebühren (Streitwert: 6.000,00 EUR).= 667,50 EUR

b) Seinen Auftraggeber K kann er wegen folgender Differenz beanspruchen:

2,5 Regelgebühren aus dem Gesamtwert(= 10.000,00 EUR): 1.395,00 EUR

2,5 Regelgebühren aus dem PKH-Streitwert
 (= 6.000,00 EUR):
 Zahlungspflicht des K
 510,00 EUR

Zahlungspflicht des K 510,00 EUR

³³⁰ HM; OLG München BeckRS 1994, 9651 = JurBüro 1995, 203; OLG Zweibrücken JurBüro 1995, 424.

